

## Erfolgreich – und umstritten:

Warum Mario Gomez in dieser Saison für viele Fans eine Reizfigur ist / S. 13



## Deutsch-niederländische Kraftprobe:

Wie ein hannoversches Ehepaar den Fußballklassiker erlebt / S. 15



## Ergebnisse und Spiele heute:

Frankreich – England	1:1
Ukraine – Schweden	2:1
Griechenland – Tschechien	18 Uhr
Polen – Russland	20.45 Uhr

## Minister fordert bundesweites Rockerklub-Verbot

**Berlin** (r). Nach den Schüssen auf ein führendes Mitglied des Rockerklubs Hells Angels in Berlin befürchten die Sicherheitsbehörden eine Eskalation der Auseinandersetzungen in der Szene. „Das hat wohl schon Auswirkungen auf die Szene, wenn der Präsident eines Rockerklubs lebensgefährlich verletzt wird“, sagte Berlins Polizeisprecher Thomas Neundorff am Montag. Der am Sonntagmorgen niedergeschossenen 47-jährige Rockerchef befindet sich noch in Lebensgefahr. Von dem Täter fehlt weiterhin jede Spur. Der Chef der Innenministerkonferenz, Lorenz Caffier (CDU) aus Mecklenburg-Vorpommern, macht sich für die Prüfung eines bundesweiten Verbots von Rockerklubs stark. Von dem Phänomen seien „nicht nur einzelne Regionen betroffen, sondern die ganze Republik“, erklärte er gestern. **Seite 8**

## HEUTE IN DER HAZ

### Stadt vergisst Mieterhöhung

**Hannover:** Die Stadtverwaltung hat jahrelang vergessen, an die allgemeine Preissteigerung gekoppelte Mieterhöhungen tatsächlich einzufordern – unter anderem für das Grundstück der Schlossküche in Herrenhausen. Die CDU spricht von „Schlampigkeit als Prinzip“. **Seite 9**

### Wirbel um Fotos bei Konzert

**Hannover:** Das Rockkonzert gegen Rechtsextremismus am Freitag am Steintor hat ein politisches Nachspiel. Die rechtskonservativen „Hannoveraner“ fotografierten Zuschauer, angeblich um die Veranstaltung zu „dokumentieren“. Kritik kommt von den Grünen. **Seite 9**

### Probleme bei Asse-Bohrung

**Niedersachsen:** Eine Woche nach Beginn der Erkundungsbohrarbeiten im maroden Atommülllager Asse im Kreis Wolfenbüttel sind die Arbeiten dort vorläufig zum Erliegen gekommen. Weiches Bitumen droht das Bohrloch und den Bohrer zu verschmieren. **Seite 5**

### Thüga hofft auf Milliarden

**Wirtschaft:** Der Stadtwerke-Verbund Thüga will sich Milliarden einnehmen durch eine Kapitalerhöhung beschaffen. Das Geld soll in den Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft investiert werden. **Seite 23**

Dax 6141,05 (+ 10,23)

Dow Jones (Schluss) 12 411,61 (-142,59)

Euro (EZB) 1,2544 (1,2468)

### „Vielleicht kein Norweger“

**Sport:** Kurz vor seiner zweimonatigen Auszeit spricht 96-Manager Jörg Schmadtke über neue Spieler für den Fußball-Bundesligisten, seine persönlichen Interessen und seine neue Heimat in Isernhagen-Süd. **Seite 18**

## Hannoversche Allgemeine



Ihre neue Zeitung auf dem iPad  
Heute unter anderem:

■ Friedhof der Gerscheltiere:  
Ein Spezial zum Aus von StudiVZ.

■ Wo sind wir hier?  
Das HAZ-24-Bilderrätsel.

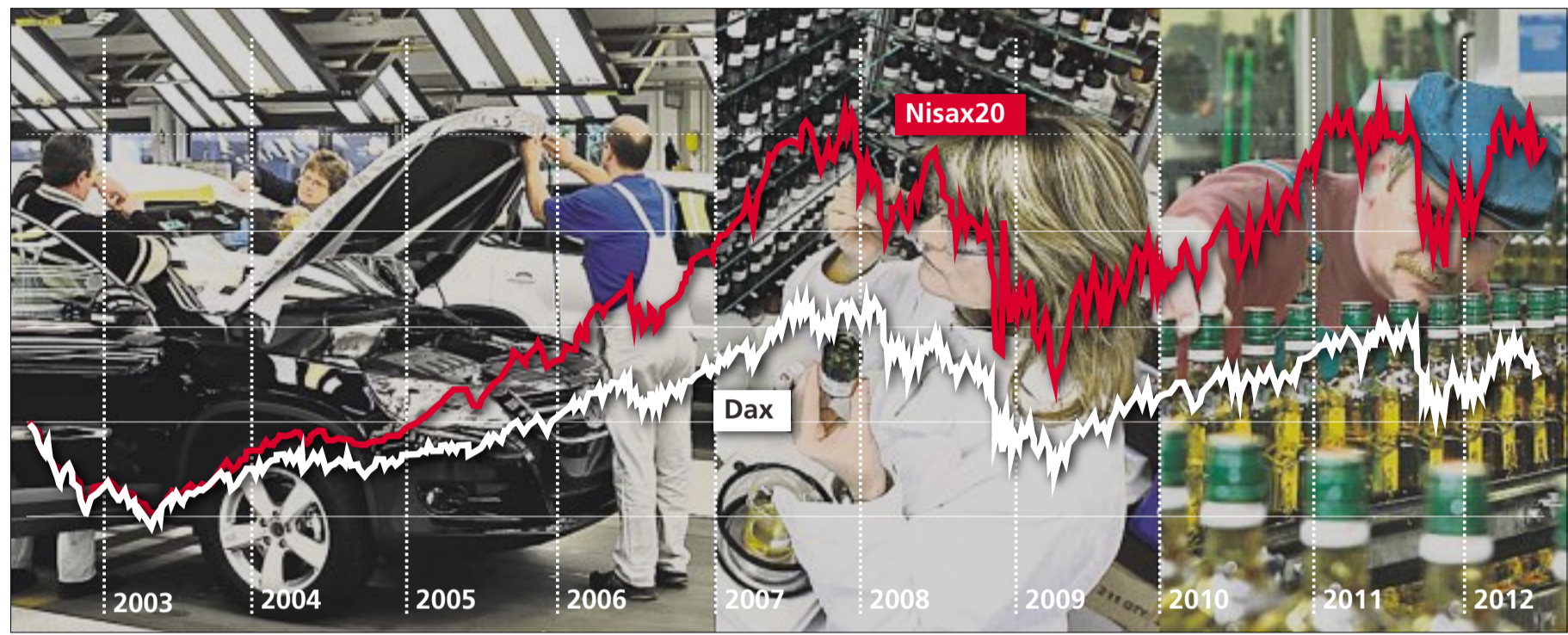
Medien / TV	Seite 6
Rätsel	Seite 7, 23
Roman	Seite 10
ZISH	Seite 19
Täglich (fast) alles	Seite 20
Börsen & Märkte	Seite 22
Familienanzeigen	Seite 23

Bei wechselnder Bewölkung teils Schauer oder Regen. Schwacher Nordwestwind. **Seite 20**

Postanschrift: 30148 Hannover  
Redaktion: (05 11) 5 18-0  
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01\*  
Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02\*  
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10\*  
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04\*  
Internet: www.haz.de  
\* Kostlose ServiceNummer



## Gut angelegt: Niedersachsen schlägt den Dax



Niedersachsen sind bodenständig – das zählt sich manchmal aus. Der Nisax 20, in dem die 20 größten börsennotierten

Konzerne in Niedersachsen versammelt sind, schafft zu seinem zehnten Geburtstag ein sattes Plus von 140 Prozent.

Der deutsche Leitindex Dax brachte es seit 2002 auf bescheidene 21 Prozent. Wer damals in ein Nisax-Zertifikat 1000

Euro investiert hätte, käme heute auf ein Guthaben von 2400 Euro – nicht schlecht angesichts der Schuldenkrise. **► Seite 21**

## Hannovers Kliniken warnen vor Kollaps

Dramatischer Appell: „Niedersachsen droht Billigmedizin“ / Özkän fordert mehr Geld von Kassen

VON VERONIKA THOMAS UND VOLKER GOEBEL

**Hannover.** Acht hannoversche Kliniken befürchten den finanziellen Zusammenbruch ihrer Häuser. In einem dramatischen Appell wiesen sie gestern darauf hin, dass sich die permanent steigenden Personal-, Energie- und Sachkosten über die Vergütungen für medizinische Leistungen nicht mehr refinanzieren ließen. Die Häuser, darunter die Medizinische Hochschule (MHH), kritisieren vor allem die unterschiedlich hohen Basisfallwerte in den einzelnen Bundesländern. Medizinische Leistung müsse in jedem Bundesland gleich honoriert werden, Niedersachsen dürfe kein Bundesland für „Billigmedizin“ sein, forderten die Geschäftsführer und ärztliche Direktoren der Krankenhäuser.

„Das derzeitige Finanzierungssystem ist so aufgebaut, dass nur die Häuser weiter existieren werden, die in immer kürzerer Zeit immer mehr Patienten behandeln“, sagte Andreas Tecklenburg, Vize-

präsident der MHH. Dieser Zwang, mit gleich bleibenden Ressourcen immer mehr machen zu müssen, sei Gift für eine patientenzentrierte Behandlung. Thomas Beushausen, ärztlicher Direktor der Kinderklinik auf der Bult, warnte, es werde zu massiven Einschnitten in der Pflege und Behandlung kommen, wenn die Politik nicht umsteuere.

Um die akute Finanznot abzuwenden, fordern die Kliniken, dass die jährlichen

Tarifsteigerungen umgehend in den Fallpauschalen berücksichtigt werden – und nicht erst nach zwei Jahren. Ebenso müssten sich Steigerungen der Kosten für Medizinprodukte, Arzneimittel und Energie in den Fallpauschalen widerspiegeln. Um die Mehrbelastung auszugleichen, benötigten die Kliniken bundesweit 1,5 Milliarden Euro der von den Kassen angesammelten Überschüsse in Höhe von 20 Milliarden Euro, rechnete

Utzewel, Geschäftsführer der Diakonischen Dienste Hannover (DDH), vor. Zu den Diakonischen Diensten gehören die Krankenhäuser Annastift, Friederikenstift und Henrietenstift.

Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkän (CDU) zeigte Verständnis für den Alarmruf. Durch die gestiegenen Personalkosten befänden sich viele Kliniken in einer schwierigen Situation, sagte Özkän dieser Zeitung. „Ich appelliere an das Bundesgesundheitsministerium, die Sorgen und Nöte der Krankenhäuser bei den Neuverhandlungen über deren Budget ernst zu nehmen“. Vor allem müssten die Krankenkassen, die finanziell wieder in einer besseren Situation seien, die schwierige Lage der Kliniken abfedern. Den Vorwurf, in Niedersachsen drohe „Billigmedizin“, wies Özkäns Sprecher zurück. „Wir haben eine gute Grundversorgung in Niedersachsen. Das Land hat im vergangenen Jahr eine Milliarde Euro in die Krankenhäuser gesteckt.“

► Die Krankenhäuser Seite 11

## Engpässe bei Arzneimitteln

**Berlin** (kol). Bei bis zu 20 Medikamenten kämpfen Krankenhäuser nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Krankenhausaerzte aktuell mit Engpässen. „Es fehlen Vitaminpräparate, es fehlen einfache Schmerzmittel oder auch Antibiotika“, sagte Verbandspräsident Torsten Hoppe-Tichy gestern. Auch Medikamente zur Behandlung von Krebserkrankungen seien mitunter kaum verfü-

bar. „Teilweise müssen wir ein halbes Jahr warten, bis wir wieder mit dem Medikament beliefert werden“. Der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller spricht von „Einzelfällen“. Hoppe-Tichy sieht gleichwohl ein strukturelles Problem. Globalisierung und Marktreinigung hätten dazu geführt, dass viele Medikamente nur noch von einem Unternehmen hergestellt würden.

## Zitterpartie für Albig im Kieler Landtag

**Kiel** (dpa). Die heutige Ministerpräsidentenwahl in Schleswig-Holstein läuft auf eine Zitterpartie für die zwischen SPD, Grünen und SSW vereinbarte Koalition hinaus. Das Dreierbündnis im Kieler Landtag hat nur eine Stimme mehr als CDU, FDP und Piratenpartei zusammen und will den Sozialdemokraten Torsten Albig zum Regierungschef wählen. Gestern Abend unterzeichneten die Spitzen von SPD, Grünen und SSW den Koalitionsvertrag.

► Albig im Porträt Seite 3

## Aigner gegen Gentechnik in Lebensmitteln

Auch Niedersachsen wirbt für „Nulltoleranz“

VON MARGIT KAUTENBURGER

**Berlin/Hannover.** Die EU-Kommission will die sogenannte Nulltoleranz-Regelung beim Einsatz von Gentechnik in Lebensmitteln aufweichen. Doch Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner stellt sich quer. Dabei gerät die CSU-Politikerin in Konflikt mit Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der eine weniger rigide Regelung befürwortet.

Aus Sicht Aigners würde eine Lockerung der Regeln die Transparenz und Wahlfreiheit der Verbraucher auf unzulässige Weise einschränken. Der Wirtschaftsminister kontert: „Wachstum und Wohlstand erreichen wir nur, wenn wir modernen Technologien aufgeschlossen gegenüberstehen. Das betrifft auch die Gentechnik“, sagte Rösler den Dortmunder „Ruhr Nachrichten“.

Bislang darf in Lebensmitteln nicht einmal eine Spur nicht zugelassener gentechnisch veränderter Pflanzen enthalten sein. Die EU-Kommission plant nun, 0,1 Prozent Verunreinigung zu erlauben. Aigner hat hierzu eine Prüfung in Auftrag gegeben. Sie sieht sich überdies durch das sogenannte Honig-Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt.

Auch Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) hält die Nulltoleranz-Regelung für richtig. Verbraucher sollten die größtmögliche Transparenz darüber erhalten, welche gentechnisch veränderten Organismen in welchen Lebensmitteln eingearbeitet sind, erklärte ein Sprecher.

► Kommentar Seite 2

## Es wird eng

Gesichtslose in Ganzkörperanzügen: Die Morphsuits erobern die Fan-Szene bei der EM

VON BRUNO BRAUER

Bis vor drei Jahren gehörten Ganzkörperanzüge in die Welt des Varietés und der Ehehygiene. Freiwillig in Er-scheinung treten mit derartiger Oberbekleidung bestenfalls Tatorstrenger und Spiderman. Doch 2009 hatten die Brüder Ali und Fraser Smeaton sowie deren Freund Gregor Lawson eine Idee: Auf einer Kostümparty im irischen Dublin trafen sie auf einen Freund, der in einem Zentai – einen eng anliegenden Ganzkörperanzug – schnell den Mittelpunkt der Feier bildete. Das Trio entwickelte daraus eine einträgliche Geschäftsidee: Morphsuits. Grellbunte, hautenge Einteiler. Schon im ersten Jahr verkauften sie 20 000 Stück. Jetzt erobert der Trend Deutschland und die Fußball-EM.

Dinge tun zu können, die man sich mit offenem Visier eher nicht traut. Die deutsche Internetseite der Hersteller wirbt damit, dass man dank Morphsuits „mehr Mädels“ küssen könne. So lange die Mädchen bereit sind, sich mit der Katze im Sack einzulassen. Im Fußball sind Morphsuits prinzipiell nichts Neues: Ballliebhaber mit Bauch in Trikots der Größen S und M morphen seit Jahren erfolgreich jede Form von Fan-textil. Für Fans in den EM-Stadien, die von Trikotzeit auf Morphsuit umsteigen möchten, ist es sicherlich eine hilfreiche Information, dass man durch die Gesichtsmaske sowohl sehen als auch trinken kann. „Atme durch ihn, sieh durch ihn,

Katze im Sack: Bei der EM sind Morphsuits immer öfter zu sehen. **Poblete**



## „Pflege-Bahr“ Eine Chance

VON JOACHIM RIEKER

Erst Riester, dann Rürup, jetzt Bahr: Die Zahl der staatlich unterstützten privaten Sozialversicherungen steigt. Das jüngste Kind in der Reihe hört auf den Nachnamen des Gesundheitsministers. Wie so manches Projekt der schwarz-gelben Koalition hat auch die Einführung der privaten Pflege-Zusatzversicherung eine bewegte Geschichte hinter sich. In ihrem Koalitionsvertrag hatten Union und FDP im Herbst 2009 noch festgelegt, dass eine solche kapitalgedeckte Absicherung „verpflichtend“ sein sollte. Das traditionelle Umlageverfahren, so hieß es damals zur Begründung, reiche auf Dauer für eine solide Finanzierung der Pflege nicht aus. Obwohl auch Horst Seehofer seine Unterschrift unter den Koalitionsvertrag gesetzt hatte, wollte der CSU-Vorsitzende von einer Pflichtversicherung später nichts mehr wissen – er fürchtete den Unmut bei neuen finanziellen Belastungen für die Pflege.

Mit fünf Euro sind Sie dabei

Ähnlich wie bei der „Riester-Rente“ blieb also nur eine freiwillige Lösung, auf die sich die Koalition schließlich im vergangenen Sommer einigte. Da Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Kosten für den Bundeshaushalt gering halten wollte, sollte es aber keine direkten Zuschüsse, sondern nur eine steuerliche Förderung geben. Geringverdienende hätten davon gar nicht oder nur minimal profitiert. Wer gut verdient, hätte hingegen Steuern sparen können. Außerdem hatte dieses Modell den Nachteil, dass auch der Bundesrat hätte zustimmen müssen, wo Schwarz-Gelb schon seit geraumer Zeit keine Mehrheit mehr hat. So setzte sich Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) doch noch mit seiner Forderung durch, eine private Zusatzversicherung durch einen staatlichen Zuschuss zu fördern. Fünf Euro im Monat sollen es zunächst sein, eine spätere Erhöhung nicht ausgeschlossen.

Die Finanzierungsprobleme der Pflegekassen lassen sich mit dieser Mini-form nicht lösen. Auch hier hatte die schwarz-gelbe Koalition nach ihrem Wahlsieg im Herbst 2009 viel mehr versprochen, als sie dann im grauen Regierungsaltag halten konnte. Dennoch verdient der „Pflege-Bahr“ eine Chance. Dass es Bedarf für private Pflege-Zusatzversicherungen gibt, wird daran deutlich, dass in Deutschland bereits rund 1,7 Millionen Verträge dieser Art existieren – ohne jede staatliche Förderung. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung einen Weg fände, wie auch diese Altverträge mit fünf Euro im Monat bezuschusst werden könnten.

Interessant ist eine private Zusatzversicherung vor allem für diejenigen, die mit den Leistungen daraus später einmal ganz oder teilweise die Lücke schließen möchten, die zwischen den hohen Pflegekosten und ihrer Altersversorgung plus den Zahlungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung klaffen kann. Freuen würden sich am Ende auch die Erben – je weniger ein Pflegebedürftiger aus dem eigenen Vermögen zu den Betreuungskosten beisteuern muss, desto mehr bleibt am Ende übrig.

Für Geringverdienende allerdings, die nur selten größere Ersparnisse für das Alter aufbauen können, dürfte der „Pflege-Bahr“ nicht sonderlich attraktiv sein. Die monatliche Eigenbeteiligung von mindestens zehn Euro ist für diesen Personenkreis eine relevante Summe, die man nicht unbedingt für eine freiwillige Risikoversicherung ausgeben möchte. Viele Menschen mit geringem Einkommen werden sich wohl weiter darauf verlassen, dass bei einer Pflegebedürftigkeit die Kommune einspringt und die Kosten übernimmt. Wie bei der „Riester-Rente“ kann man Geringverdienende auch beim „Pflege-Bahr“ nicht unbedingt den Abschluss eines Vertrages empfehlen, denn damit sichern sie vor allem das Risiko des Staates ab.

Jetzt einmal durchrechnen

Fast schon eine Glaubensfrage ist der Streit darüber, ob der Staat das Geld zur Förderung der privaten Absicherung besser in die gesetzliche Pflegeversicherung stecken sollte. Mag die Finanzkrise gezeigt haben, dass auch kapitalgedeckte Systeme ihre Risiken haben, bleibt es grundsätzlich doch richtig, die Eigenverantwortung der Menschen durch Anreize zur Privatvorsorge zu stärken und das Umlageverfahren durch eine zweite Säule zu ergänzen. Dass die Versicherungen daran verdienen, darf in einer Marktwirtschaft kein Grund zur Kritik sein – entscheidend ist vielmehr die Frage, ob es sich auch für die Bürger lohnt. Mindestens Menschen mit mittlerem bis gutem Einkommen sollten den staatlichen Zuschuss zum Anlass nehmen, den Abschluss einer privaten Pflege-Zusatzversicherung jetzt sorgfältig zu prüfen.